

1 **Vereinbarung**
2 **über eine Zusammenarbeit**
3 **in der Bezirksversammlung Altona**
4 **für den Zeitraum 2011 – 2014**

5
6 zwischen der

7
8 **Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)**
9 **Kreisverband Altona und**
10 **Fraktion in der Bezirksversammlung Altona**

11
12 und

13
14 **Bündnis 90/Die Grünen (GAL)**
15 **Kreisverband Altona und**
16 **Fraktion in der Bezirksversammlung Altona**

17
18
19 Die Partner vereinbaren die Zusammenarbeit in der Bezirksversammlung Altona für die
20 19. Wahlperiode.

21
22 Die Zusammenarbeit wird getragen von dem Bestreben, mit den Bürgerinnen und
23 Bürgern Altonas die Zukunft des Bezirks zu gestalten und die Lebensbedingungen für
24 alle zu verbessern.

25
26 Ein lebendiges Altona fördert bürgerschaftliches Engagement: Lokale Demokratie
27 erschöpft sich nicht in formalen Beteiligungsrechten, sondern verlangt eine
28 Kommunikationskultur der verschiedenen Akteure. Wir werden zwischen den
29 verschiedenen einzelnen Interessen und Bevölkerungsgruppen vermitteln. Uns ist
30 wichtig, die gesellschaftlichen Kräfte zusammen zu führen, um Zukunftsfragen
31 gemeinsam vor Ort zu lösen.

32
33 Gute Kommunalpolitik braucht Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner. Wir
34 wollen die Beteiligungsrechte stärken, mehr Gelegenheiten zur Beteiligung schaffen,
35 das Wissen über die Kommunalpolitik verbreitern und eine gute Kommunikations-
36 kultur fördern.

37
38 Die Neuplanung des Bahnhofsgeländes „Neue Mitte Altona“ – das größte
39 Entwicklungsgebiet Hamburgs neben der HafenCity – bietet eine beachtliche Chance
40 für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Gleiches gilt rund um den Bau des Deckels über
41 die Autobahn A 7, für den jetzt die Weichen gestellt werden. Mit dem „Vertrag für
42 Hamburg – Wohnungsneubau“, den der Bezirk Altona unterzeichnet hat, verpflichtet
43 er sich, pro Jahr Baugenehmigungen für 900 Wohneinheiten zu erteilen. Hierauf
44 aufbauend wird der Bezirk einen Wohnungsbauplan für die laufende Wahlperiode
45 aufstellen. Dabei sollen die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in die Planung
46 einbezogen und mit ihnen ein fortlaufender Dialog gesucht werden. Konflikte
47 zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung sowie Investoren sollen in einem
48 transparenten Prozess gelöst werden.

49

50 Das Spannungsverhältnis zwischen Bebauung und ökologischen Belangen muss in
51 einer offenen und nachvollziehbaren Abwägung aufgelöst werden, die die Belange des
52 Natur- und Landschaftsschutzes, des Wasser- und Lärmschutzes und der Erhaltung
53 eines ökologisch funktionsfähigen Landschaftsbildes einbezieht. Hierzu gehört auch
54 die Berücksichtigung ortstypischer Siedlungsstrukturen.

55
56 Verkehrspolitische Entscheidungen müssen sich an den ökonomischen und
57 ökologischen Erfordernissen orientieren. Dabei müssen die Interessen aller
58 Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer gleichermaßen beachtet und
59 ausgeglichen werden.

60
61 Altona ist ein Bezirk für alle. Daher müssen alle Entscheidungen die Lebenssituation
62 der jungen Menschen, Seniorinnen und Senioren, der Familien, der Singles sowie der
63 Migrantinnen und Migranten in den Blick nehmen.

64
65 Dieses vorausgeschickt, vereinbaren die Partner im Einzelnen die nachfolgend
66 dargestellten politischen Ziele und Maßnahmen:
67

68	Inhalt:	
69		
70	Stadtplanung	4
71	Wohnen	4
72	Gewerbe	5
73	Schutz historischer Bausubstanz.....	6
74	Verkehr	7
75	Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	8
76	Fahrradverkehr	9
77	Fußgängerverkehr	10
78	Motorisierter Individualverkehr (MIV).....	11
79	Besondere Projekte und Bereiche.....	12
80	Grün und Sport	13
81	Grün	13
82	Sport.....	16
83	Soziales, Arbeit und Integration	16
84	Sozialpolitik	17
85	Arbeit	17
86	Familien	18
87	Seniorinnen und Senioren	18
88	Inklusion	19
89	Integration	19
90	Gleichstellung/ Frauenpolitik.....	19
91	Jugendhilfe	20
92	Macht Altona Stark	20
93	Netzwerke	20
94	Bewegung	20
95	Projekte	20
96	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	21
97	Kultur und Bildung	21
98	Kultur	21
99	Schule	22
100	Wirtschaft, Tourismus und Sicherheit	23
101	Wirtschaft	23
102	Tourismus	23
103	Sicherheit	24
104	Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit	24
105	Umwelt	24
106	Verbraucherschutz.....	26
107	Gesundheit	27
108	Bürgerbeteiligung, Haushalt und Verwaltung	28
109	Haushalt	28
110	Verwaltung.....	29
111	Organisatorisches	29
112		

113 **Stadtplanung**

114

115 Stadtplanung für die Bürgerinnen und Bürger in Altona heißt für GAL und SPD:

116

- 117 ▪ dem Auseinanderdriften der Gesellschaft entgegen zu wirken,
- 118 ▪ attraktiven und bezahlbaren Wohnraum flächenschonend und energieeffizient für
- 119 alle gesellschaftlichen Schichten in allen Altonaer Stadtteilen zu schaffen,
- 120 ▪ den Wohnungsbestand zu pflegen und das Wohnumfeld zu verbessern,
- 121 ▪ die für Altona charakteristische Verzahnung von Wohnen, Arbeiten, Versorgung,
- 122 Erholung, kulturellem und sozialem Leben zu erhalten,
- 123 ▪ die notwendigen Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen,
- 124 ▪ unsere Parks und öffentlichen Grünanlagen zu schützen,
- 125 ▪ die Luftqualität zu verbessern und Lärmemissionen zu verringern.

126

127 Die Stadtentwicklungspolitik werden die Koalitionspartner gemeinsam mit den
128 Bürgerinnen und Bürgern Altonas entwickeln. Dazu sollen die bisherigen Dialogformen
129 intensiviert und neue Formen der Beteiligung erprobt werden. Ziel muss es sein,
130 Projekte in überschaubarer Zeit zu realisieren und gleichzeitig die offene, frühzeitige
131 und laufende Beteiligung der Betroffenen sicherzustellen. Die Koalitionspartner treten
132 ein für eine Stärkung der bezirklichen Mitwirkung bei den Projekten Mitte-Altona und
133 Überdeckelung der A 7, die aufgrund ihrer gesamtstädtischen Bedeutung unter der
134 Regie des Senats realisiert werden.

135

136 **Wohnen**

137

138 Altona hat sich in dem „Vertrag für Hamburg“ verpflichtet, jedes Jahr
139 Baugenehmigungen für 900 Wohneinheiten zu erteilen. Dem Bezirksamt müssen die
140 notwendigen personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um
141 Bebauungspläne und Baugenehmigungen zügig bearbeiten zu können.

142

143 Laufende Projekte werden entsprechend der bestehenden Beschlusslage der Altonaer
144 Bezirksversammlung fortgeführt. Grünflächen und die Feldmarken sind jedoch für
145 Bebauung tabu. Um dennoch ausreichend neue Flächen für den Wohnungsbau zu
146 erschließen und ein den Bedürfnissen der Menschen entsprechendes
147 Wohnungsangebot zur Verfügung stellen zu können, halten die Koalitionspartner
148 folgendes für erforderlich:

149

- 150 ▪ Erarbeitung teilräumlicher Entwicklungspläne für den Bezirk, insbesondere unter
- 151 Berücksichtigung von frei werdenden Schul- und Bundeswehrflächen,
- 152 ▪ Erstellung eines Gutachtens über das Nutzungspotential aller städtischen Flächen
- 153 und Liegenschaften im Bezirk,
- 154 ▪ Mobilisierung ungenutzter städtischer Flächen,
- 155 ▪ Vergabe städtischer Flächen vorrangig nach Konzept statt nach Höchstgebot,
- 156 Berücksichtigung sozialer Belange,
- 157 ▪ behutsame Nachverdichtung von Wohnvierteln,
- 158 ▪ Unterstützung von Potentialentwicklungen auf den Flächen von SAGA/GWG und
- 159 Genossenschaften,
- 160 ▪ Erarbeitung einer Wohnbedarfsanalyse mit dem Ziel, die Anforderungen
- 161 unterschiedlicher Zielgruppen an „ihre“ Wohnung herauszufinden.

162

163 Wohnraum muss für alle Menschen im Bezirk bezahlbar sein. Daher fordern die
164 Koalitionsparteien ein ausgewogenes Verhältnis von gefördertem Wohnungsbau, frei
165 finanziertem Mietwohnungsbau und Eigentumswohnungen. In der
166 Gesamtbetrachtung sollen mindestens jeweils ein Drittel geförderter Wohnungsbau
167 und freifinanzierter Mietwohnungsbau und höchstens ein Drittel
168 Eigentumswohnungsbau realisiert werden. Baugemeinschaften und
169 Baugenossenschaften werden bei der Vergabe städtischer Flächen besonders
170 berücksichtigt. Projekte für autofreies oder autoarmes Wohnen werden weiterhin
171 unterstützt und gefördert, Modellprojekte sollen initiiert werden.

172
173 Bei allen Wohnungsbauvorhaben sind die aktuell verpflichtenden energetischen
174 Standards zugrunde zu legen. Über Fördermöglichkeiten (Wohnungsbaukreditanstalt,
175 Kreditanstalt für Wiederaufbau usw.) für nachhaltige Standards soll bei der
176 Bauplanung beraten werden. Die Koalition fördert zukunftsweisende Projekte im Sinne
177 des „Null-Energiehaus-Standards“. Das Passiv-Hausprojekt auf dem Osterfeld in
178 Sülldorf wird umgesetzt.

179
180 Einige Stadtteile in Altona sind von Gentrifizierung und der Verdrängung bisheriger
181 Bewohnerinnen und Bewohner akut bedroht. Die Koalitionspartner sehen soziale
182 Erhaltungsverordnungen in den Stadtteilen Sternschanze, Ottensen
183 (Osterkirchenviertel) und Altona-Altstadt daher als sinnvolles Instrument an. Sollten
184 sich in weiteren Stadtteilen entsprechende Verdrängungsprozesse abzeichnen, soll
185 dem Prozess mit der Voruntersuchung einer sozialen Erhaltungssatzung
186 entgegengewirkt werden.

187
188 Ein gutes Wohnumfeld zeichnet sich auch durch ein attraktives
189 Nahversorgungsangebot sowie soziale und kulturelle Angebote aus. Die
190 Nahversorgung im Schenefelder Holt muss gesichert werden. In Iserbrook soll die
191 dauerhafte Einrichtung eines Wochenmarktes vorangetrieben werden. Das Bürgerhaus
192 Bornheide in Osdorf soll inklusive seiner Außenflächen in 2012 als Begegnungsstätte
193 für alle Bürgerinnen und Bürger realisiert werden. In Osdorf, Lurup und Iserbrook sind
194 die Stadtteilbüros, die Stadtteilzeitungen und die Verfügungsfonds für kleinere
195 Maßnahmen vor Ort zu erhalten.

196 197 **Gewerbe**

198
199 Wohnungsbau und Gewerbe dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sowohl
200 Kleingewerbetreibenden als auch dem produzierenden Gewerbe müssen bezahlbare
201 Flächen zur Verfügung gestellt werden. Handwerkerhöfe werden unterstützt und
202 gefördert.

203
204 Für den Technologiepark am Vorhornweg (B-Plan Lurup 63) verständigen sich die
205 Koalitionspartner auf eine Größe von 5 ha brutto, d.h. inklusive der Erschließungswege.

206
207 Für die „Brammer-Fläche“ ist ein städtebaulich ansprechendes, viertelverträgliches
208 Gesamtkonzept zu erarbeiten.

209
210 Das Unternehmen Hermes-Schleifmittel hat für die Vertragspartner hohe Priorität. Die
211 Sicherung des Unternehmens auf kleinerer Fläche am bisherigen Standort, die
212 Erweiterung der benachbarten Firma DMG und der Wohnungsbau werden
213 entsprechend des B-Plans Lurup 62 weiterbetrieben. Eventuelle schulische Interessen
214 an diesem Standort für den Bau einer Stadtteilschule können im Verfahren

215 berücksichtigt werden, wobei jedoch für Hermes kein Nachteil entstehen darf. An der
216 Standortsuche für Erweiterungsflächen sind die schulischen Gremien der Schule
217 Luruper Hauptstraße zu beteiligen. Die Realisierung des gesamten Vorhabens inklusive
218 des Lurup-Centers und damit eines neuen Luruper Stadtteilkerns soll bis zum Ende der
219 Wahlperiode realisiert werden.

220

221 Für das Dreieck Von-Sauer-Straße, Bahrenfelder Chaussee und Regerstraße ist im
222 Anschluss an ein erstes Wettbewerbsverfahren ein B-Plan aufzustellen, der Gewerbe
223 an diesem Standort erhält, Wohnen ermöglicht und sich städtebaulich in das Umfeld
224 einpasst.

225

226 **Schutz historischer Bausubstanz**

227

228 Angesichts zahlreicher Neubauvorhaben sind historische Bestände besonders zu
229 schützen. Die Vertragspartner sind sich einig, dass die ehemalige Seefahrtsschule, der
230 Moltkeblock sowie die Elbtreppehäuser unter Denkmalschutz gestellt werden sollen.

231

232 **Einzelne Vorhaben:**

233

234 1. Deckel über die A 7

235 Die Vertragspartner sprechen sich weiterhin für einen „langen Deckel“ bis zur
236 Behringstraße aus. Für sämtliche wegfallenden Kleingärten und Sportanlagen muss
237 Ersatz geschaffen werden. Für die Kleingärten ist ein Umzugsplan zu erstellen, für
238 die Sportstätten ein entsprechendes Verlagerungskonzept, durch die eine zeitliche
239 Verzahnung der Bausteine sichergestellt werden muss. An allen Konzepten und
240 Planungen sind die Betroffenen und der Bezirk umfassend zu beteiligen.

241

242 2. Neue Mitte Altona

243 Die Vertragspartner stimmen überein, dass der einvernehmliche Beschluss der
244 Bezirksversammlung Altona (Drucksache XVIII-2194 E vom 24.06. 2010), der diesem
245 Vertrag als Anlage beigefügt ist, uneingeschränkt weiterhin Gültigkeit hat. Die
246 Mitwirkungsrechte der bezirklichen Gremien und damit auch die Bürgerbeteiligung
247 sollen ausgebaut werden.

248

249 3. Moorburg-Trasse

250 Die Vertragspartner plädieren für eine dezentrale Wärmeversorgung und lehnen
251 deswegen die so genannte Moorburg-Trasse grundsätzlich ab. Falls sich diese nicht
252 verhindern lässt, sprechen sie sich für eine Streckenführung außerhalb der Altonaer
253 Parks aus. Hiervon ausgenommen ist der Bertha von Suttner-Park, der im Zuge der
254 Bebauung auf dem Electrolux-Gelände ohnehin umgestaltet wird.

255

256 4. Nutzung ehemaliges Finanzamt Große Bergstraße

257 Die Vertragspartner sprechen sich gegen einen Abriss des Gebäudes aus. Es soll ein
258 Konzept für die Nutzung als Kreativ- und Sozialzentrum geprüft werden.

259

260 5. Grünzug Altona und Trinitatiskirche

261 Die Vertragspartner lehnen eine Bebauung des Grünzugs ab. Sie setzen sich dafür
262 ein, dass die Ergebnisse des laufenden Beteiligungsverfahrens „Zukunftsplan
263 Altona“ in die Planungen zum Grünzug einfließen. Die einzelnen Parkflächen sollen
264 in ihrer Funktion und Aufenthaltsqualität verbessert werden. An den Stellen, an
265 denen der Grünzug durchschnitten wird, z.B. an der Holstenstraße, sollen die
266 Übergangsbereiche für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und

267 Radfahrer verbessert werden. Um die Trinitatiskirche soll eine „Stadtrepatur“
268 erfolgen.

269

270 6. B-Plan Rissen 45

271 Die Vertragspartner sind sich einig, dass die zur Erschließung des vorgesehenen
272 Wohngebietes mit ca. 250 Wohneinheiten erwünschte Brücke über die S-Bahn
273 zügig bei der Deutschen Bahn AG angemeldet werden soll, um dann den B-Plan
274 zugunsten des Wohnungsbaus zeitnah fortzuführen.

275

276 7. Stadtcafe Ottensen

277 Die Vertragspartner sind sich einig, dass das Stadtcafe Ottensen erhalten werden
278 muss.

279

280 8. „Rote Flora“

281 Die Vertragspartner sind sich einig, dass die „Rote Flora“ mit einer entsprechenden
282 planungsrechtlichen Ausweisung als kulturelle Einrichtung zu erhalten ist.

283

284 9. Bauwagenplätze

285 Die Vertragspartner sind sich einig, dass die Verträge für die Bauwagenplätze in der
286 Gaußstraße und am Rondenbarg zu gleichen Konditionen verlängert werden.

287

288 10. Seefahrtsschule

289 Die Seefahrtsschule ist unter Denkmalschutz zu stellen. Für den Wohnungsbau soll
290 die Obergrenze bei 5.500 qm Bruttogeschossfläche liegen.

291

292 11. Zukunft des Areals Museumsstraße/Am Felde:

293 Für die Zeit nach einer Aufgabe der heutigen Nutzung durch die Deutsche Bahn AG
294 ist für das Areal eine gemischte Nutzung aus Wohnen, studentischem Wohnen,
295 Gewerbe und Einzelhandel anzustreben. Hierfür ist ein B-Plan aufzustellen, dem ein
296 Wettbewerb voranzustellen ist. Aspekte des Denkmalschutzes sind zu
297 berücksichtigen.

298

299 12. Fußgängerunterführung Bahnhof Altona

300 Der Fußgängertunnel vom Altonaer Bahnhof in die Große Bergstraße soll erhalten
301 bleiben.

302

303

304 **Verkehr**

305

306 Die Vertragspartner streben für Altonas Verkehrspolitik eine nachhaltige und
307 zukunftsorientierte Mischung aller Verkehrsträger an. Dabei legen sie vor dem
308 Hintergrund steigender Mobilitätsansprüche und -bedürfnisse besonderen
309 Schwerpunkt auf die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie die
310 Stärkung des Radverkehrs.

311 Zielzahlen für den Radverkehr sollen bis 2015 entsprechend der Radfahrstrategie
312 aus der vergangenen Wahlperiode der Bürgerschaftsfraktion erreicht, möglichst
313 jedoch übertroffen werden. Daher soll den nicht-motorisierten Verkehrsträgern
314 weitgehende Priorität bei der Verkehrsplanung eingeräumt werden. Gemeinsames
315 Ziel ist, mittel- und langfristig eine gleichberechtigte und sichere Teilhabe aller
316 Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zu ermöglichen. Und die
317 Mobilität durch ineinander greifende Verkehrsträger (Stichwort: Car-Sharing,

318 Car2go, Rent-a-Bike) zu verbessern. Die Wohnqualität wird durch die Stärkung und
319 Etablierung von autofreien bzw. autoarmen Wohnen erheblich verbessert.
320 Der Schwerpunkt der verkehrspolitischen Arbeit der Vertragspartner soll in dieser
321 Wahlperiode darauf liegen, Verkehrsunfallzahlen weiter zu reduzieren und
322 insbesondere Schulwege sicherer zu machen.
323

324 **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

325

326 Die Vertragspartner sind sich darin einig, dass der öffentliche Personennahverkehr
327 gefördert werden muss, um die Kapazitäten zu erhöhen und dem steigenden Bedarf
328 gerecht zu werden. Hierbei ist aus Umweltschutzaspekten und aus Gründen der
329 Nachhaltigkeit mittelfristig eine schienengebundene Lösung einer Lösung mit Bussen
330 vorzuziehen.

331 Um dieses Ziel zu erreichen, soll ein Gutachten erstellt werden. Im Rahmen des
332 Gutachtens sollen auch unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten die folgenden Punkte
333 untersucht werden:
334

- 335
- 336 ▪ technische Realisierbarkeit unterschiedlicher Systeme,
- 337 ▪ planerische Einbindungsmöglichkeiten in bestehende Netze (Verknüpfungsmöglichkeiten),
- 338
- 339 ▪ Öko-Bilanz der unterschiedlichen Systeme sowie Kapazitätsunterschiede.
- 340

341 Das Gutachten soll für die unterschiedlichen ÖPNV-Träger auf ausgewählten Strecken
342 erstellt werden, z.B. Anbindung des Volksparks, der Arenen sowie der Wohnsiedlungen
343 in Osdorf und Lurup.
344

345 Im Einzelnen vereinbaren die Vertragspartner die unmittelbare Realisierung der
346 nachfolgenden Punkte, sofern diese in alleiniger Zuständigkeit liegen. Die Partner
347 setzen sich gemeinsam gegenüber dem Senat und den Fachbehörden für die
348 genannten Ziele ein.
349

350 1. Anbindung der Arenen sowie der Wohngebiete in Lurup und am Osdorfer Born
351 Bis Ergebnisse aus einem Gutachten zu einer schienengebundenen Anbindung der
352 Arenen und des Osdorfer Borns vorliegen und ggf. umgesetzt werden, sollen
353 Osdorf, Lurup und die Arenen am Volkspark über eine zuschlagfreie Expressbus-
354 Verbindung zeitnah eine attraktive Anbindung in die Innenstadt erhalten. Die
355 Metrobus-Linien M2 und M3 sollen im Zuge dieser Planungen für eine bessere
356 Anbindung von Lurup und dem Osdorfer Born überarbeitet werden.
357

358 2. Verbesserungen bei der S-Bahn
359 Die Einrichtung einer weiteren S-Bahn-Station „Thomasstraße“/„Ottensen“ ist
360 gemeinsames Ziel. Hierzu sollen zeitnah Gespräche mit allen beteiligten Akteuren
361 in Fachbehörden und den Tochterunternehmen der Deutschen Bahn AG geführt
362 werden.
363

364 Die Attraktivität der S-Bahn insbesondere für die westlichen Stadtteile Rissen,
365 Sülldorf und Iserbrook ist maßgeblich von der Taktung abhängig. Daher wollen die
366 Vertragspartner eine durchgängige 10-Minuten-Taktung noch in dieser
367 Wahlperiode umsetzen.
368

369 Die Vertragspartner befürworten, dass die S-Bahn auch an den Wochenenden
370 nachts über Blankenese hinaus bis nach Wedel durchfährt. Bis zur Umsetzung der
371 Durchgängigkeit müssen die Nachtbusse ab Blankenese durchgängig nach Wedel
372 fahren. Die Durchgängigkeit darf nicht an Finanzierungsproblemen mit Schleswig-
373 Holstein scheitern. Zur Klärung dieser Probleme sollen Gespräche mit den
374 beteiligten Akteuren geführt werden, zu denen der Bezirksamtsleiter einlädt und
375 diese moderiert.

376
377 Noch immer sind nicht alle S-Bahn-Haltestellen im Bezirk Altona barrierefrei
378 ausgebaut. Daher setzen sich die Vertragspartner für barrierefreie Umbauten der
379 Haltestellen „Iserbrook“ (nördlicher Teil/BVE-Seniorenwohnanlage), „Königstraße“
380 und „Bahrenfeld“ ein. Auch der hoch frequentierte Knotenpunkt Sternschanze
381 zwischen S- und U-Bahn muss barrierefrei hergerichtet werden.

382 383 3. Verbesserungen im Busverkehr

384 Die Vertragspartner setzen sich bei Senat und Verkehrsträgern für eine
385 Umwandlung der zuschlagspflichtigen Buslinien S 36, S 37 und S 39 in
386 zuschlagsfreie Linien ein, um die Akzeptanz bei den Fahrgästen zu stärken und die
387 Auslastung zu gewährleisten.

388
389 Der Hafennordrand erfährt einen ständigen Wandel. Dabei ist insbesondere ein
390 leistungsfähiger Nahverkehr von besonderer Bedeutung. Daher soll die Anbindung
391 an das Altonaer Zentrum und die Landungsbrücken durch Busse verbessert werden.

392
393 Die Vertragspartner wollen sich bei der zuständigen Behörde im Sinne einer
394 Attraktivitätssteigerung der Busse für Bus-Vorrang-Schaltungen sowie Busspuren
395 einsetzen.

396
397 4. Bahnhöfe
398 Auch nach einer Verlagerung des Fernbahnhofes zum Diebsteich soll Altona
399 weiterhin alle S-Bahn-Linien behalten.

400
401 Der künftige DB-Bahnhof am Diebsteich soll ein vollwertiger Fernbahnhof werden
402 (durchgängige Überdachung, P+R-Anlage, Umfeldeinbindung, direkte Anbindung
403 an den S-Bahnhof Altona).

404
405 5. Park and Ride-Anlagen
406 Gerade in den weitläufigen Elbvororten sind P+R-Anlagen wichtig, um Pendlern ein
407 frühzeitiges Umsteigen auf die S-Bahn zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund
408 setzen sich die Vertragspartner für den Neu- bzw. Ausbau von P+R-Anlagen entlang
409 der S-Bahn-Linie S1 ein. Dies betrifft im Besonderen: Iserbrook (Neubau), Klein
410 Flottbek (Erhöhung Kapazität), Bahrenfeld (deutlich verbesserte Ausschilderung),
411 Rissen (Neubau).

412 413 **Fahrradverkehr**

414
415 1. Fahrradroute am Hafennordrand
416 Der Hafennordrand stellt sowohl touristisch als auch für den Alltagsradverkehr eine
417 besonders attraktive Route dar. Derzeit ist die Benutzung der international
418 bedeutenden Radstrecke allerdings eine „Zumutung“.
419 Vor diesem Hintergrund setzen sich die Vertragspartner für eine Lösung für den
420 Bereich der Großen Elbstraße ein, der weitgehend auf Fahrradstreifen oder – wo

421 bereits Anlagen vorhanden sind – auf Radwege setzt. Dabei ist eine flüssige
422 Verkehrsführung ohne häufige Wechsel von Radweg zu Streifen oberstes Gebot der
423 Planung. Für den Bereich der „Schiebestrecke“ streben die Vertragspartner eine
424 Radwegstrecke auf dem Strand an, um das Radfahren auch auf diesem Teilstück
425 und auf der Strecke insgesamt attraktiver zu machen.
426

427 2. Parken

428 Fahrradhäuschen und -boxen – sowohl in Quartieren wie auch an S-Bahn-
429 Haltestellen (Boxen) – und generell Fahrradparken soll im gesamten Bezirk
430 verbessert werden.
431

432 3. StadtRad

433 Das überaus erfolgreiche Konzept des „StadtRad“ soll auf weitere Teile des Bezirks
434 ausgeweitet werden, insbesondere auf touristische Magneten wie Teufelsbrück
435 und Blankenese sowie auf zentrale Orte wie Elbe-Einkaufszentrum und Bahnhof
436 Klein Flottbek.
437

438 4. Alltagsradwegenetz

439 Die vom Verkehrsausschuss bereits aufgestellten Pläne zum Ausbau der Velo-
440 Routen 1.1 und 1.2 sollen zeitnah umgesetzt werden.
441

442 5. Fahrradverkehr im Straßenraum

443 Die Vertragspartner sind sich einig, dass zur Steigerung des Fahrradverkehrs am
444 Modal Split der Straßenraum für Radfahrer attraktiver und sicherer gestaltet
445 werden muss.
446

447 Daher sollen – wo planerisch möglich und sinnvoll – mehr Fahrradstreifen bzw.
448 Schutzstreifen eingerichtet werden. Fahrrad- und Fußgängerverkehre sollen künftig
449 strikter voneinander getrennt werden. Die Verkehrsunfallzahlen sollen mit dem
450 Schwerpunkt auf Fahrrad/PKW-Unfälle evaluiert werden, um Unfallschwerpunkte
451 herauszuarbeiten und gezielt Maßnahmen einleiten zu können. Insbesondere für
452 Knotenpunkte sollen Sicherheitsaudits als Standard künftiger Verkehrsplanungen
453 durchgeführt werden. Die Vertragspartner sehen die Einrichtung von Fahrrad- und
454 Schutzstreifen entlang der Elbchaussee als wesentliche Chance, um den Alltags-
455 Fahrradverkehr aus dem Hamburger Westen in die Innenstadt zu verbessern. Vor
456 einer Umsetzung bedarf es jedoch auch hier eines Sicherheitsaudits.
457

458 **Fußgängerverkehr**

459

460 1. Schulwegsicherung

461 Die Ergebnisse aus dem diesbezüglichen Antrag der Bezirksversammlung aus der
462 vergangenen Wahlperiode (Drs. 18/ 2641) sollen ausgewertet und die daraus
463 resultierenden Maßnahmen umgesetzt werden. Dabei ist die Beteiligung von
464 Kindern und Jugendlichen gemäß dem Bezirksverwaltungsgesetz den
465 Vertragspartnern ein besonderes Anliegen. Ziel der gemeinsamen Bemühungen ist
466 es, das Prinzip „zu Fuß zur Schule“ zu stärken. Modelle wie der „laufende Schulbus“
467 sollen gefördert und verbreitet werden. Vor dem Hintergrund der Veränderungen
468 bei der Schulentwicklungsplanung sind Änderungen bei Schulwegen kritisch zu
469 begleiten.
470

471 2. Osdorfer Born
472 Die Straße Bornheide teilt den Osdorfer Born in einen Ost- und einen Westteil.
473 Dieser Effekt wird durch einen Zaun verstärkt, der als Mauer wirkt. Fußgängerinnen
474 und Fußgänger können nur an wenigen ampelgesteuerten Punkten die Straße
475 überqueren. Die Vertragspartner wollen diese Grenze kritisch überprüfen und
476 streben ggf. eine Umgestaltung des gesamten Bereiches an. Mitzudenken ist dabei
477 insbesondere auch die Anbindung des Bürgerhauses Bornheide und die
478 dazugehörige Freiraumgestaltung.

479
480 3. Außengastronomie
481 Insbesondere in den hoch verdichteten Bereichen des Kerngebietes ist es wichtig,
482 Bewegungseinschränkungen für Fußgängerinnen und Fußgänger auf öffentlichen
483 Wegen angesichts von verstärkter Außengastronomie insbesondere in Ottensen
484 und in der Sternschanze zu verhindern.

486 **Motorisierter Individualverkehr (MIV)**

487
488 1. Quartiersgaragen
489 Insbesondere in den stark verdichteten Quartieren von Ottensen und der
490 Sternschanze sind Quartiersgaragen notwendig und zu entwickeln.

491
492 2. Gestaltung des Verkehrsraumes
493 Geh- und Radwege sollen von parkenden Autos freigehalten werden. Dazu sind ggf.
494 trennende Elemente oder eine verstärkte Überwachung erforderlich.
495 Einmündungsbereiche von Kreuzungen sollen verengt werden, um die Querungen
496 für Fußgängerinnen und Fußgänger zu erleichtern.

497
498 3. Kreisverkehre
499 Die Vertragspartner streben einen weiteren Ausbau von Kreisverkehren anstatt
500 signalgesteuerter Knotenpunkte an.

501
502 4. Sicherheitsaudits
503 Im Zuge von Verkehrsplanungen insbesondere an Hauptverkehrsstraßen sollen
504 externe Sicherheitsaudits zum Standard werden.

505
506 5. Anwohnerparken und Parkraumbewirtschaftung
507 Insbesondere in den verdichteten Kerngebiet-Stadtteilen Ottensen und Altona-
508 Altstadt soll die Einführung von Anwohnerparken in Verbindung mit einer
509 intensiven Parkraumbewirtschaftung geprüft werden.

510 Unter Beibehaltung landeseinheitlicher Kriterien soll die Parkraumbewirtschaftung
511 einschließlich der Überwachung des ruhenden Verkehrs den Bezirken übertragen
512 werden. Die Einnahmen aus Parkgebühren und die Einnahmen aus
513 Ordnungswidrigkeitenverfahren, die aus der Tätigkeit der BOD resultieren, sollen
514 den Bezirken zufließen und dort verbleiben. Alle Steuerungsinstrumente für diese
515 Aufgabe lägen damit künftig auf der kommunalen Ebene.

516
517 6. Tempo 30-Zonen
518 Die Vertragspartner setzen sich für mehr streckenbezogenen Tempo-30-Abschnitte
519 sowie eine Ausweitung des Tempo-30-Zonen-Netzes aus. Dies betrifft insbesondere
520 das Schulterblatt und die Bernadottestraße sowie den Sülldorfer
521 Brooksweg/Tinsdaler Heideweg.

522

523 7. Ring 3
524 Die Tempo-60-Strecke am Ring 3 soll auf Tempo 50 zurückgebildet werden.
525

526 **Besondere Projekte und Bereiche**

527 1. Stresemannstraße

528 Die Vertragspartner erkennen die 2006 in der Planungswerkstatt Stresemannstraße
529 erarbeiteten Empfehlungen und die besondere Problematik der seit 2002 stark
530 gestiegenen Verkehrsbelastungen im Planungsgebiet der Werkstatt an. Angesichts
531 der zu erwartenden weiteren Zunahme der Verkehre in der Stresemannstraße –
532 etwa durch das Neubaugebiet Mitte Altona – in den nächsten Jahren werden
533 folgende Maßnahmen als vordringlich vereinbart:

- 534 ▪ Lärmsanierung und Ersetzen der Sternbrücke durch eine schwingungsärmere
535 Variante beim geplanten Umbau der Brücke durch die Deutsche Bahn AG,
- 536 ▪ Erstellung eines Gutachtens, das unter Berücksichtigung bereits geplanter
537 Knotenausbauten im Westen der Straße Verlagerungspotentiale ermittelt, um
538 drohende Kapazitätsengpässe in der Stresemannstraße zu vermeiden und den
539 Bewohnerinnen und Bewohnern der Straße Entlastung von Lärm- und
540 Schadstoffemissionen zu verschaffen. Dieses Gutachten soll auch die Anzahl
541 von Gefahrguttransporten ermitteln und deren Auswirkungen bei einem Unfall
542 skizzieren bzw. notwendige Evakuierungswege untersuchen und aufzeigen.
- 543 ▪ Besondere Förderung des ÖPNV durch eine schienengebundene Anbindung des
544 angrenzenden Neubaugebiets Mitte Altona oder eine besonders bevorrechtigte
545 und beschleunigte Busspur in der Stresemannstraße.

548 2. IKEA

549 Die verkehrlichen Entwicklungen sollen begleitet, beobachtet, evaluiert und ggf.
550 nachgesteuert werden. Ziel ist es, erhebliche Belastungen durch Autoverkehre,
551 besonders durch Parksuchverkehre, sowie durch Anlieferverkehre zu mindern und,
552 wo möglich, zu vermeiden. Der Bezirk ergreift im Rahmen seiner Zuständigkeiten
553 Maßnahmen zur Förderung von Fußgänger- und Radverkehren sowie des ÖPNV zu
554 IKEA. Im Falle des Nichteinhaltens des Modal Split von 50:50 muss der Bezirk die
555 Möglichkeit erhalten, auf Finanzierungshilfen für Umsteuerungsmaßnahmen
556 zurückgreifen zu können. Der Bezirk setzt sich daher für eine entsprechende
557 Formulierung im städtebaulichen Vertrag mit IKEA ein.
558

559 3. Verkehr im Hamburger Westen

560 Die heutigen und künftigen Verkehrsströme im Hamburger Westen – von Wedel
561 über Rissen nach Blankenese – erfordern eine genaue Überprüfung. Dies betrifft
562 insbesondere die Straßenzüge Blankeneser/Rissener Landstraße sowie Sülldorf
563 Brooksweg/Tinsdaler Heideweg. Es soll in einer eigenen Arbeitsgruppe ein
564 Gesamtblick auf die verkehrliche Entwicklung im Hamburger Westen erstellt
565 werden, der insbesondere die Entwicklungen in Wedel und die ständige Zunahme
566 der Schwerlast- sowie Wirtschaftsverkehre in den Blick nimmt. Ziel soll ein Konzept
567 sein, dass die Entwicklung sinnvoll und rechtzeitig steuert und die einzelnen
568 Maßnahmen in einen Gesamtzusammenhang stellt. Dabei sind die besonderen
569 Erfordernisse der Schulwege am Tinsdaler Heideweg und Planungen für eine
570 Entschleunigung des Verkehrs zu berücksichtigen. Im Zuge der erstmaligen
571 endgültigen Herstellung des Sandmoorweges sind sich die Vertragspartner einig,
572

573 dass der Durchgangs-/Pendlerverkehr aus Wedel über den Wespenstieg
574 unterbunden wird. Dazu sind seitens des Bezirkes Gespräche mit der Stadt Wedel
575 über die interregionalen Verkehrsplanungen zu führen.
576

577 4. Erstmalige endgültige Herstellung von Straßen

578 Bei der endgültigen Herstellung von Straßen soll weiterhin der Kriterienkatalog
579 zugrunde gelegt werden, den der Bezirk entwickelt hat, um einer „politischen
580 Bewertung“ keinen Raum zu geben. Es soll sichergestellt werden, dass eine
581 intensive und rechtzeitige Anlieger- und Anwohnerbeteiligung stattfindet.

582 Für die Straße Sülldorfer Knick setzen sich die Vertragspartner im Zuge der
583 Bauleitplanung dafür ein, dass die Straße weiterhin als Feldweg ausgewiesen
584 bleibt, ein Ausbau damit nicht erforderlich ist. Im Bedarfsfall sollen
585 naturschutzrechtliche Belange geprüft werden.
586

587 5. BAB-Ausbau

588 Der Ausbau der BAB 7 und der Bau des Deckels bedeuten für die entlang des Deckels
589 gelegenen Straßenverbindungen und Quartiere über einen längeren Zeitraum eine
590 besondere Belastung. In Hinblick auf diese Entwicklungen setzen sich die
591 Vertragspartner dafür ein, dass unter Beteiligung des Bezirkes ein tragfähiges
592 Konzept für die Ausweichverkehre entsteht, welches insbesondere die Altonaer
593 Wohnquartiere nicht belastet.
594

595 6. Behördliche Zuständigkeiten und Haushalt

596 Die Vertragspartner lehnen die Verlagerung bisheriger bezirklicher Kompetenzen zu
597 den Fachbehörden ab. Die Kompetenzen der Bezirke sind generell auszubauen. Dies
598 betrifft beispielsweise die Möglichkeit zur selbstständigen Durchführung von
599 Verkehrsmessungen z.B. durch Temposys-Geräte, Dialogdisplays sowie die
600 Einführung von Tempo-30-Begrenzungen auf Bezirksstraßen. Die Koalitionspartner
601 vereinbaren, dass die Entflechtung von Aufgaben fortgesetzt und
602 Zustimmungsvorbehalte im Einzelfall abgebaut werden sollen, insbesondere die
603 Übertragung der Funktion der Unteren Straßenverkehrsbehörde für die
604 Bezirksstraßen einschließlich der Personalkapazitäten auf die Bezirke übergeht.
605

606 **Grün und Sport**

607 Der Bereich „Grün“ ist definiert durch die Aufgaben des Ausschusses für Grün,
608 Naturschutz und Sport. Die Bereiche teilen sich auf in Naturschutz und Sport sowie in
609 alle Bereiche, die öffentliches und in begründeten Fällen auch privates Grün betreffen.
610
611
612

613 **Grün**

614 1. Schutz der Feldmarken

615 Die Feldmarken sollen gesichert werden! Das gilt sowohl für die Rissen-Sülldorfer
616 Feldmark (B-Plan Rissen 44/Sülldorf 18) wie auch für die Osdorfer Feldmark (B-Plan
617 Osdorf 47) und die Tinsdaler Feldmark (teilweise B-Plan Rissen 11). Mit Hilfe von
618 Bebauungsplanverfahren sollen durch entsprechende Festsetzungen Bebauungen
619 ausgeschlossen und im Sinne von Grünordnungsplänen Grünfestsetzungen
620 getroffen werden. Die Hälfte der Wiesen am Vorhornweg, also die Reste der
621 einstigen Luruper Feldmark, soll als Grünfläche in den Volkspark integriert werden
622 (Bebauungsplan Lurup 62).
623
624

- 625 2. Osdorfer Feldmark
626 Das Freibad „Osdorfer Born“ soll im Rahmen eines B-Plan-Verfahrens gesichert
627 werden. Im Falle der Nutzung der Osdorfer Feldmark für Polo-Trainingszwecke soll
628 auf die strikte Einhaltung der bestehenden Verträge zwischen dem Bezirk Altona
629 und den Betreibern geachtet werden. Bei Vertragsverletzungen sollen die Verträge
630 gekündigt werden. Der Vertragstext soll daraufhin überprüft werden, ob er die
631 Belange des Schutzes der Feldmark ausreichend präzise beschreibt und ist ggfs. zu
632 überarbeiten. Der Eingriff durch die Baumaßnahmen des DESY-XFEL-Projektes muss
633 voll ausgeglichen werden; nicht genutzte Rand- und Restflächen auf DESY-Gelände
634 sollen für den Naturschutz genutzt werden. Dazu sollen Gespräche mit der DESY
635 aufgenommen werden.
636
- 637 3. Westerpark
638 Die Vertragspartner sind sich einig, dass bei Großveranstaltungen im Westerpark
639 (Home & Garden, Derby) auf der Frucht- und Geestwiese ein Büro zu beauftragen
640 ist, das die Veranstaltung im Sinne einer Verträglichkeit mit Flora und Fauna
641 überwacht. Die Kosten für diese Überwachung trägt der Veranstalter ebenso wie
642 die Kosten für die Beseitigung entstandener Schäden.
643
- 644 4. Naturwaldparzelle im Klövensteen
645 Im Klövensteen soll eine Naturwaldparzelle eingerichtet werden. Die benötigte
646 Mindestgröße soll ermittelt und dann in Absprache mit der Försterin bzw. dem
647 Förster eine solche Parzelle angelegt werden.
648
- 649 5. Naturschutzgebiete
650 Für das Naturschutzgebiet Wittenbergener Heide soll ein Pflege- und
651 Entwicklungsplan im Sinne des Naturschutzes verabschiedet werden. Das
652 Naturschutzgebiet Schnaakenmoor soll um einige Flächen ergänzt werden (u.a. um
653 die Flächen im Bereich der Wedeler Au), um einen Biotopverbund herzustellen. Das
654 Flassbargmoor in Lurup soll unter Naturschutz gestellt werden.
655
- 656 6. Gewässerschutz
657 Es sollen weitere Maßnahmen zur Minderung der Zahl der Überlaufereignisse an
658 der Wedeler Au ergriffen und die Renaturierungsmaßnahmen an Wedeler
659 Au/Laufgraben sollen fortgesetzt werden.
660 Die Entrohrung und Renaturierung der Düpenau soll mindestens bis zur Osdorfer
661 Landstraße fortgesetzt werden. Die Flottbek soll ebenfalls entrohrt und renaturiert
662 werden.
663
- 664 7. Buchenhofwald
665 Zum Schutz des verbliebenen Buchenhofwaldes sollen gezielt Maßnahmen
666 (Thomsengutachten) identifiziert und durchgeführt werden. Außerdem wollen die
667 Vertragspartner die Entwicklung der Fledermauspopulation dort überwachen
668 lassen und nötigenfalls weitere Maßnahmen zum Erhalt einfordern.
669
- 670 8. Trabrennbahn
671 Falls die Trabrennbahn aufgegeben wird, wollen die Vertragspartner dort einen
672 neuen grünen Zugang von der Luruper Chaussee zum Volkspark und zusätzliches
673 Abstandsgrün zu einer möglichen Bebauung schaffen.
674
675

- 676 9. Patenschaft Kiebitz
677 Die Kiebitzpatenschaft des Bezirks soll mit Leben gefüllt werden. Die Maßnahmen
678 aus dem vorliegenden Gutachten sollen zügig umgesetzt werden.
679
- 680 10. Wildtierauffangstation
681 Es soll ein neues, ergebnisoffenes Verfahren angestoßen werden, um eine
682 Wildtierauffangstation realisieren zu können. Hierzu soll mit den
683 Naturschutzverbänden ein Konzept entwickelt werden, das sich an den tatsächlich
684 vorhandenen Bedarfen orientiert, danach ein Träger ausgewählt und ein neuer
685 Standort gesucht werden.
686
- 687 11. Ökologische Parkpflege
688 Bei der Grünpflege sollen die Ergebnisse des Gutachtens „Ökologische Parkpflege“
689 konsequent in die Parkpflege integriert werden, das Programm „Obstbäume“ soll
690 weitergeführt und durch ein Programm „Vogelschutzgehölze“ erweitert werden.
691 Um den Kahlschlag am Elhang wirkungsvoller zu unterbinden, soll das Programm
692 „Elbaussichten“ sehr eng ausgelegt werden.
693
- 694 12. Hohes Elbufer
695 Es soll ein Pflege- und Entwicklungsplan „Hohes Elbufer“ (Grünbestand und
696 Wegebeziehungen) erarbeitet werden, sofern dafür finanzielle Mittel von dritter
697 Seite akquiriert werden können.
698
- 699 13. Krötenschutz am Falkensteiner Ufer
700 Die temporären Straßensperrungen am Falkensteiner Ufer zum Schutz der Kröten
701 während ihrer Wanderung sollen endlich wirksam umgesetzt werden.
702
- 703 14. Stadtökologie
704 Bei der Stadtökologie sollen die Straßenbäume geschützt und nachgepflanzt
705 werden, entsprechendes Geld von der Stadt soll eingefordert und private
706 Patenschaften für das Straßenbegleitgrün und Bäume sollen gefördert werden.
707 Es soll ein Programm zur Fassadenbegrünung entwickelt werden. Nach dem Vorbild
708 des Bezirkes Mitte soll ein Programm „Mehr Platz für den Spatz“ für den selten
709 gewordenen Haussperling ins Leben gerufen werden. Das Bestreben der Partner
710 liegt darin, das Bezirksamt dahingehend zu begleiten, dass Raum für
711 Spontanvegetation bleibt. Die Vertragspartner wollen verstärkt
712 Naturerlebnisräume einrichten und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
713 bei der Gestaltung von Grünbereichen und Spielplätzen intensivieren.
714
- 715 15. Artenschutz an Gebäuden
716 Es soll geprüft werden, inwieweit Standards bei der Sanierung und beim Neubau
717 von Gebäuden festgelegt und eingefordert werden können, die im Interesse des
718 Artenschutzes stehen. Berlin geht hier mit gutem Beispiel voran. Wir wollen dort
719 die gängige Praxis abfragen und prüfen, ob sie auf Altona übertragbar ist.
720
- 721 16. Hundenauslaufflächen
722 Hundenauslaufflächen sollen in Altona laufend evaluiert und bei Bedarf sollen neue
723 ausgewiesen werden, sofern keine Nutzungskonflikte zu erwarten sind.
724

- 725 17. Organisation und Ressourcen
726 Nach der Abschaffung der Naturschutzreferate und der Aufteilung der Funktionen
727 auf die Abteilungen Stadt- und Landschaftsplanung, Bauprüfung und Management
728 des öffentlichen Raumes sollen die Auswirkungen evaluiert werden.
729 Die Vertragspartner lehnen einen weiteren Personalabbau im Grünbereich, vor
730 allem beim Naturschutz, ab.

731
732 **Sport**

- 733
734 1. Nutzungszeiten für Sportstätten
735 Es soll für mehr Transparenz bei der Verfügbarkeit von Hallennutzungen und bei
736 der Vergabe von Nutzungen der Sportplätze gesorgt werden – unter Umständen
737 eignet sich dafür die Online-Software, die in Harburg bereits eingesetzt wird. Wir
738 wollen überprüfen, ob sich diese auch in Altona verwenden lässt und sie dann zügig
739 zum Einsatz bringen.
740
741 2. Sportlerehrung
742 Die jährlich stattfindende Sportlerehrung in Altona soll im Einvernehmen mit den
743 Veranstaltern zeitgemäß aufgewertet werden, um mehr Aufmerksamkeit für die
744 Geehrten sowie die Vereine und Verbände zu erzeugen. Es soll geprüft werden, ob
745 eine Integration in das kulturelle Angebot während der „altonale“ eine dafür
746 geeignete Maßnahme darstellt.
747
748 3. Laufen an der Elbe
749 Die Vertragspartner wollen einem Wunsch aus dem Laufsport entsprechen und
750 ästhetische ansprechende Kilometersteine und Trinkwasserspender am
751 Elbwanderweg realisieren, damit diese Laufstrecke attraktiver wird.
752
753 4. Adolf-Jäger-Kampfbahn
754 Die Vertragspartner unterstützen die Bemühungen des Vereins „Altona 93“ bei der
755 Suche nach einer Alternativfläche. Sie sehen aber keine Pflicht für die Stadt, die
756 Fläche zu stellen.
757
758 5. Breitensport im Volkspark
759 Die Vertragspartner befürworten den Ausbau des Breitensports im Volkspark, die
760 bereits beschlossenen Projekte zur Laufstrecke und zur Mehrzweckfläche werden
761 zeitnah umgesetzt. Um den Breitensport zu stärken, sehen die Partner in einem
762 Konzept des Vereins „Aktive Freizeit e.V.“ für eine „Sport-Lodge“ am Volkspark eine
763 Grundlage, die allerdings noch konkretisiert und den derzeitigen Gegebenheiten
764 angepasst werden muss. Eingriffe in das bestehende Grün des Parks kommen nicht
765 in Betracht.
766
767

768 **Soziales, Arbeit und Integration**

769
770 Altona zeichnet sich aus durch die Vielfalt der Lebensstile und Kulturen - aber auch
771 durch krasse Unterschiede an Einkommen und Ausstattung, welche ungleiche Chancen
772 begründen. Die Vertragspartner sehen es als gemeinsame wichtige Aufgabe, Teilhabe
773 und gerechte Lebensbedingungen zu fördern und damit den Gemeinsinn zu stärken.
774
775

776 **Sozialpolitik**

777

778 1. Sozialberichterstattung/ Sozialraummanagement

779 Zur Bewertung der Situation der Lebensbedingungen von Menschen in den
780 Quartieren ist es notwendig, die Sozialberichterstattung auf die bezirkliche Ebene
781 zu transferieren. Bei der Bearbeitung und Umsetzung von Maßnahmen für
782 Menschen in den Quartieren hat sich das Sozialraummanagement als
783 fachübergreifendes Instrument in der Zusammenarbeit von Bezirken, Stadtteilen
784 und Quartieren als erfolgreich erwiesen. Gemeinschaftliches Denken und Handeln
785 aller Beteiligten und Einrichtungen im Stadtteil ist ein wesentlicher Motor, um
786 Menschen im Stadtteil an Entscheidungen zu beteiligen. Dies fördert
787 Lebensqualität und das Zusammenleben in den Quartieren, verstärkt eine positive
788 Stadtkultur, unterstützt die Seniorinnen- und Seniorenarbeit, Themen der
789 Integration, Gleichstellung der Geschlechter und Familien. Menschen in Hamburg
790 wollen an Entscheidungen beteiligt werden und an ihnen mitwirken. Die in den
791 bezirklichen Handlungsfeldern Gesundheit, Soziales, Pflege und Senioren
792 wirkenden Netzwerke sind als Partner einzubeziehen, damit Verbesserungen der
793 sozialen- und gesundheitspolitischen Infrastruktur bestmöglich im Sinne der
794 Betroffenen gelingen.

795

796 2. Wohnungslosigkeit

797 Die öffentliche Unterbringung von Wohnungslosen mit dem Ziel „Wohnen statt
798 unterbringen“ ist zu erhalten. Wir werden erforderliche Flächen bereitstellen und
799 ausbauen, um akute Problemlagen u.a. für wohnungslose Frauen zu lösen.
800 Weiterhin ist zu prüfen, welche Unterbringungsmöglichkeiten für
801 Kurzzeitwohnungslose unter 25 Jahren, die nicht alkohol- oder drogenabhängig
802 sind, realisierbar sind. Ambulante Hilfen wie zum Beispiel der „Mitternachtsbus“
803 sind zu erhalten. Dabei sind die Realisierungsmöglichkeiten auch für ein Pflegeheim
804 für Wohnungslose zu prüfen.

805

806 3. Schuldnerberatung

807 Die Situation von Privatinsolvenzen ist zu prüfen, um ggfs. die Schuldnerberatung
808 zu stärken.

809

810 4. Drogenkonsum

811 Drogenkonsum ist leider auch in Altona Realität. Prävention und Begleitung
812 abhängiger Menschen mit dem Ziel des Ausstiegs brauchen öffentliche Akzeptanz
813 und politische Unterstützung. Hier hat sich die Zusammenarbeit des „Runden
814 Tisch“ bewährt und muss weiter geführt werden. Soziale Einrichtungen für diesen
815 Personenkreis sind Teil des Quartiers und dürfen nicht an den Rand gedrängt
816 werden. Die bestehenden Drogenhilfeeinrichtungen sind weiterzuführen. Der
817 Umzug der Drogenhilfeeinrichtung „ABC-Stay Alive“ in die Virchowstraße wird
818 ausdrücklich befürwortet und unterstützt.

819

820 **Arbeit**

821

822 Arbeit und Beschäftigung bieten für alle Menschen zentrale Teilhabechancen in
823 unserer Gesellschaft. Wichtig ist uns, dass wir niemanden bei seinem Weg in den
824 Arbeitsmarkt zurücklassen. Daher ist für uns gerade der Zeitpunkt der
825 Berufsorientierung und der Berufsausbildung wichtig. Wir wollen, dass auch in Altona
826 alle Jugendlichen einen Berufsabschluss erreichen.

827 Beschäftigungsträger bieten dabei eine notwendige Unterstützung, daher sind
828 Vorschläge zum Erhalt von bewährten Einrichtungen zu erarbeiten. Es ist jedoch
829 notwendig, die Arbeit und Ergebnisse dieser Einrichtungen zu evaluieren, um deren
830 Effizienz feststellen zu können. Die Stadtteilnähe dieser Projekte ist eine wichtige
831 Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit. Wir werden gemeinsam mit dem Bezirksamt
832 Konzepte erarbeiten. Qualifizierung und faire Arbeitsbedingungen müssen die
833 Voraussetzung für sog. Zusätzliche Arbeit in den Quartieren sein. Altonaer
834 Beschäftigungsträger gewährleisten eine an den Voraussetzungen der Arbeitslosen
835 ausgerichtete Umsetzung, die die Chancen auf Integration verbessern und gleichzeitig
836 die soziale Infrastruktur aufwerten.

- 837
- 838 ▪ Pförtnerlogen sind zu erhalten.
- 839 ▪ Wir unterstützen das vom Hamburger Institut für Berufliche Bildung initiierte
840 Projekt AV Dual
- 841 ▪ Um junge Menschen auf ihrem Weg ins Berufsleben zu unterstützen, setzen sich
842 die Vertragspartner für die Entwicklung eines Patenschaftsprogrammes ein.
- 843 ▪ Regelmäßige Job-Börsen und Gewerbedatenbanken helfen Arbeitssuchenden
844 und Unternehmen, ihre jeweiligen Bedarfe besser erfüllen zu können. Dabei
845 kann auch die Aufwertung von Berufen, wie zum Beispiel in der Pflege,
846 vorangetrieben werden.

847 Die Arbeit des ARGE-Beirates bleibt weiterhin wichtig ebenso wie der Dialog und
848 Austausch mit Kammern und Altonaer Unternehmen.

849

850 **Familien**

851

852 Familie ist da, wo Kinder sind. Alleinerziehende mit Kindern sind in der Großstadt eine
853 Familienform, die fast die Regel statt die Ausnahme bildet. Die Koalitionspartner
854 setzen sich dafür ein, dass die entsprechende Bildungs- und Fortbildungsangebote für
855 Alleinerziehende durch die Arge bzw. die Jobcenter vorgehalten werden. Die
856 Infrastruktureinrichtungen (Kita, Beratungszentren) und bezirklichen Angebote sind
857 auf die besonderen Bedürfnisse von Familien auszurichten.

858

859 **Seniorinnen und Senioren**

860

861 In einer alternden Gesellschaft haben Angebote für ältere Menschen einen hohen
862 Stellenwert. Auf der Grundlage eines Seniorenleitbildes für den Bezirk Altona wollen
863 die Vertragspartner das Zusammenleben der Generationen in den Stadtteilen
864 verbessern. Dazu ist es erforderlich, für Seniorinnen und Senioren passende Angebote
865 zur Begegnung, Teilhabe und lebenslangem Lernen bereit zu stellen. Dabei bilden die
866 aus bezirklichen Mitteln finanzierten Kernaufgaben das Standbein. Ergänzend dazu
867 sollen Modelle im privatwirtschaftlichen und öffentlichen Bereich ausgelotet werden.
868 Bei allen Maßnahmen und Projekten ist Barrierefreiheit Voraussetzung. Für die
869 Senioren- und Seniorinnentreffs soll in Zusammenarbeit mit der Bürgerschaftsfraktion,
870 dem Bezirksamt und der Bezirksversammlung nach neuen Lösungen gesucht werden.

871

872 Die Vertragspartner betrachten die Aufwertung der ehrenamtlichen Arbeit durch
873 weiterbildende Maßnahmen und begleitende Unterstützung und Beratung auch durch
874 das Bezirksamt als wichtigen Indikator für die konzeptionelle und fachliche
875 Weiterentwicklung der Angebote. Seniorendelegiertenkonferenz und Seniorenbeirat
876 sind wichtige Gremien zur Stärkung dieser Arbeit.

877

878 Damit Menschen so lange wie möglich in ihrem häuslichen Umfeld leben können, ist es
879 politisches Ziel, die Seniorinnen- und Seniorenberatung und die ambulante Betreuung
880 im Blick zu halten. Die Vertragspartner unterstützen Mehrgenerationenprojekte und
881 insbesondere Wohngemeinschaften für Demenzerkrankte.

882 883 **Inklusion**

884
885 Orientierung für die Arbeit im Bezirk Altona ist die „UN- Konvention über die Rechte
886 von Menschen mit Behinderungen“ 2008. Kernziel ist die Achtung der
887 Menschenwürde, die gleichermaßen für alle gilt, und die Beseitigung von Barrieren bei
888 der Partizipation behinderter Menschen in allen gesellschaftlichen und sozialen
889 Bereichen. Statt Fürsorge gilt die Wahrnehmung von Rechten. Es ist ein langfristiger
890 Diskussionsprozess anzulegen, der beinhaltet, dass Menschen mit Behinderungen alle
891 Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen und ausüben können. Dazu ist auch
892 ein Dialog mit Trägern, die mit behinderten Menschen arbeiten, anzustoßen.

893
894 In der Bezirksversammlung ist für das Thema und seine Dimension Bewusstsein zu
895 schaffen und das Bezirksamt sollte Vorreiterinnenrolle für die Realisierung
896 übernehmen. Barrierefreiheit in Gebäuden, Verkehrsmitteln sowie kommunikative
897 Hilfsmittel wie Gebärdensprache oder Brailleschrift sind verstärkt im öffentlichen
898 Raum einzusetzen. Die Bezirksversammlung sollte nur dort tagen, wo Barrierefreiheit
899 gewährleistet werden kann.

900
901 Die Inhalte der UN-Konvention sind als interdisziplinäres Thema für alle Bereiche
902 innerhalb des Bezirkes anzuwenden. Der Bezirk Altona beteiligt sich aktiv an einem
903 Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention.

904 905 **Integration**

906
907 Menschen, die aus anderen Ländern und Kulturen zu uns kommen, sind eine
908 Bereicherung. Integration darf nicht erzwungen, Andersartigkeit nicht als Defizit,
909 sondern als Chance begriffen werden. Akzeptanz und Wertschätzung sind Ziele, die
910 Maßnahmen erfordern, wie sie im Integrationsplan des Bezirks Altona aufgenommen
911 sind. Die Umsetzung bleibt dringliche Aufgabe. Die interkulturelle Öffnung des
912 Bezirksamtes Altona wird fortgesetzt.

913
914 Die Einrichtung einer medizinischen Betreuung für „papierlose“ Menschen muss
915 gewährleistet werden. Für bezirkliche Unterkünfte ist eine Prüfung zu veranlassen.
916 Bezirkliche Angebote zur psychologischen Unterstützung und Betreuung
917 traumatisierter Flüchtlinge sind zu überprüfen.

918 919 **Gleichstellung/ Frauenpolitik**

920
921 Die bestehenden Frauenhäuser müssen weiterhin finanziell gefördert werden. Für die
922 Einrichtung eines interkulturellen Frauen-Kompetenz-Netzes auf bezirklicher Ebene
923 wollen die Vertragspartner eine Bedarfsanalyse initiieren. Bestehende Projekte zur
924 Förderung der Gleichstellung und Geschlechterpolitik werden unterstützt, damit
925 insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund der Weg in die berufliche und
926 persönliche Selbständigkeit erleichtert werden kann.

927
928

929 **Jugendhilfe**

930

931 Die Vertragspartner verständigen sich auf folgende Ziele, Maßnahmen und Projekte:

932

933 **Macht Altona Stark**

934

935 1. Am Altonaer Modell wird festgehalten.

936

937 2. Einrichtungen sollen mehr als einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin haben.

938

939 3. Benachteiligte Stadtbereiche sollen in der Jugendpolitik besonders gefördert werden.

940

941 **Netzwerke**

942

943 1. SAE/SHA Projekte werden bei Einbeziehung der NEUEN Hilfen unter Beteiligung des Jugendhilfeausschusses (JHA) weiterentwickelt.

944

945 2. Das hervorragende Netz von offener Kinder- und Jugendarbeit soll weiter gefördert werden. In diesem Bereich soll nicht eingespart werden.

946

947 3. Das Netzwerk zwischen Jugendhilfe und den Ganztageschulen soll ausgebaut, gefördert und unterstützt werden. Schule und Jugendhilfeträger sind hierbei gleichberechtigte Partner. Die Maßnahmen dürfen nicht zu Lasten der offenen Kinder- und Jugendarbeit gehen.

948

949 4. Eltern-Kind-Zentren werden fachlich begleitet.

950

951 5. Die Stellenentwicklung des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) ist von Konsolidierungsmaßnahmen auszunehmen.

952

953 **Bewegung**

954

955 1. Projekten, die dazu beitragen, dass Kinder mit Natur und Bewegung in Berührung kommen, werden unterstützt.

956

957 2. Jedes Kind im Bezirk Altona soll die Möglichkeit und die Freude am Spiel unter freiem Himmel haben. Dazu muss eine Reihe von Spielplätzen im Bezirk saniert bzw. erneuert werden. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Planung ist regelhaft vorzusehen.

958

959 **Projekte**

960

961 1. Das Ferienprogramm für Kinder und Jugendliche wird weiterhin unterstützt.

962

963 2. Bewährte Projekte wie z.B. Kletterangebote, Jungenarbeit, Kinder- und Jugendkultur, Gewalt- und Suchtprävention werden fortgeführt.

964

965 3. Das Nachfolgeprojekt von „Vielfalt tut gut“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ wird weiter aktiv unterstützt.

966

- 981
982 4. „Freundschaft macht Schule“ wird weiterhin unterstützt.
983
984 5. Die Straßensozialarbeit wird weiterhin unterstützt.
985
986 6. Erfolgsprojekte wie das der „Holstenpux“ sind wichtige Punkte Altonaer Politik.
987 Die Unterbringung der ehemaligen obdachlosen Jugendlichen und
988 Jungerwachsenen-Punks vom Altonaer Bahnhof soll weiterhin in der Unterkunft im
989 Holstenkamp gesichert werden. Auch in der laufenden Wahlperiode wird sich die
990 Koalition für das Projekt einsetzen. Die erfolgreiche Unterbringung und die damit
991 verbundene Integration in die Gesellschaft der „Holstenpux“ sollen damit weiter
992 fortgesetzt werden und Ideengeber für weitere Projekte sein.
993

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

994
995
996 Die Beteiligung von Kinder und Jugendlichen soll in Altona auch weiterhin ein
997 wichtiger Punkt Altonaer Politik sein. Die rechtliche Grundlage hierfür ist § 8 des SGB
998 VIII und § 33 des Bezirksverwaltungsgesetzes. Es soll an die in der Vergangenheit
999 durchgeführten Projekte angeknüpft werden, an denen Kinder- und Jugendliche bei der
1000 Planung von öffentlichen Plätzen beteiligt waren. Das Altonaer Jugendamt hat in den
1001 vergangenen Jahren eine Grundlage geschaffen, um strukturierte Beteiligungsprozesse
1002 durchführen zu können. Kinder und Jugendliche sollen ebenso an größeren
1003 Planungsprojekten beteiligt werden wie „Neue Mitte Altona“, Grünzug Altona und
1004 dem Bau von Kinderbetreuungseinrichtungen.
1005

Kultur und Bildung

1006
1007
1008
1009 Der Bezirk Altona zeichnet sich durch eine gewachsene und abwechslungsreiche
1010 Kulturszene aus. Die Vertragspartner stimmen darin überein, dieser breit angelegten
1011 Kulturszene den für ihre Entwicklung notwendigen Raum zu geben und sie im Rahmen
1012 der bezirklichen Möglichkeiten zu fördern.
1013

1014 Die Vertragspartner verständigen sich auf folgende Ziele, Maßnahmen und Projekte:
1015

Kultur

- 1016
1017
1018 1. Die drei Stadtteilkulturzentren (Motte, Haus 3, GWA St. Pauli) sollen weiterhin
1019 gleich bleibend finanziell gefördert und hinsichtlich ihrer inhaltlichen
1020 Weiterentwicklung begleitet werden. Der Bezirk setzt sich für eine Finanzierung der
1021 dringlichen baulichen Maßnahmen ein. Die Beteiligung des Bezirks an der
1022 Evaluation der Stadtteilkulturzentren soll fortgeführt werden.
1023
1024 2. Der Bürgertreff Altona-Nord soll über eine Rahmenezuweisung finanziert werden.
1025 Eine Mittelkürzung kommt nicht in Betracht.
1026
1027 3. Die Finanzierung der Luruper Einrichtung BÖV 38 soll durch die Kulturbehörde
1028 sichergestellt werden.
1029
1030 4. Die Entwicklung des Bürgerhauses Osdorf wird fachlich begleitet und unterstützt,
1031 es soll 2012 eröffnet werden.
1032

- 1033 5. Die „Fabrik“ wird in ihrer Entwicklung positiv begleitet. Die Vertragspartner setzen
1034 sich für die Finanzierung der Gebäudeerweiterung und die weitere finanzielle
1035 Unterstützung durch die Kulturbehörde ein.
1036
- 1037 6. Die „altonale“ wird weiterhin unterstützt.
1038
- 1039 7. Das Straßenfestival STAMP dient der Aufwertung der Großen Bergstraße und
1040 strahlt weit über Altona hinaus. Die Vertragspartner sind sich einig, dass dieses
1041 Festival 2011 und in den kommenden zwei Jahren finanziell unterstützt werden
1042 muss.
1043
- 1044 8. Stadtteilstefte und das sich darin äußernde Engagement der Bürgerinnen und
1045 Bürger für ihr Umfeld werden weiterhin unterstützt.
1046
- 1047 9. Die weitere Duldung des Schanzenfestes wird von den Vertragspartnern
1048 befürwortet. Gemeinsam mit den Gewerbetreibenden sollen Maßnahmen gegen
1049 eventuelle Ausschreitungen in den Abend- und Nachtstunden beraten werden.
1050
- 1051 10. Die „Frappant-KünstlerInnen“ werden weiterhin bei der Suche nach dauerhaften
1052 Räumlichkeiten unterstützt.
1053
- 1054 11. In der Gaußstraße soll ein kommunaler Gewerbehof eingerichtet werden, dessen
1055 Angebot sich auch an Künstler richten soll.
1056
- 1057 12. Die Kulturetage wird von der Koalition weiter unterstützt und fachlich begleitet.
1058
- 1059 13. Die Vertragspartner lehnen Einsparungen bei der Kinder- und Jugendkultur ab. Der
1060 Jugendkulturrat sowie die AG Leseförderung werden auch weiterhin finanziell
1061 gefördert.
1062
- 1063 14. Die Ansiedlung einer Spielstätte des Schauspielhauses in der Gaußstraße wird von
1064 den Vertragspartnern unterstützt.
1065
- 1066 15. Das Altonaer Museum wird bei seiner inhaltlichen Ausrichtung und
1067 Konzeptentwicklung weiterhin unterstützt. Gemeinsam mit der Kulturbehörde soll
1068 die Finanzierung des Museums abgesichert werden.
1069
- 1070 16. Die vorhandenen Denkmäler sind zu erhalten und zu pflegen. Dazu sollen
1071
- 1072 ▪ historische Gebäude rechtzeitig identifiziert und unter Schutz gestellt
1073 werden,
 - 1074 ▪ historische Grabsteine durch Patenschaften finanziert werden,
 - 1075 ▪ die lebendige jüdische Kultur unterstützt und gefördert werden,
 - 1076 ▪ die Pflege der Erinnerungskultur unterstützt werden.
1077

1078 **Schule**

1079
1080 Bei schulischen Struktur- und Standortangelegenheiten ist der Bezirk frühzeitig zu
1081 beteiligen.
1082
1083

1084 **Wirtschaft, Tourismus und Sicherheit**

1085

1086 **Wirtschaft**

1087

1088 Altona soll als attraktiver Standort für Wirtschaftsunternehmen erhalten werden, an
1089 dem bestehende Unternehmen verbleiben und sich neue Unternehmen gerne
1090 ansiedeln. Dazu soll die Wirtschaftsförderung im Bezirksamt Altona mindestens
1091 erhalten, möglichst jedoch ausgebaut werden.

1092

1093 Ein Schwerpunkt für die laufende Legislaturperiode soll auf der Förderung der lokalen
1094 Wirtschaft liegen. Die Vertragspartner sind sich einig, ein darauf bezogenes
1095 Zentrenkonzept zu entwickeln. In diesem Zusammenhang vereinbaren die
1096 Vertragspartner, das Projekt des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Stärkung der
1097 lokalen Wirtschaft in Iserbrook zu begleiten und nach Abschluss auf seine Eignung hin
1098 zu evaluieren. Ein besonderes Augenmerk in Altona soll auf die Förderung von
1099 Unternehmen gelegt werden, die sich einer nachhaltigen Wirtschaftsweise verpflichtet
1100 fühlen (Fair Trade, Energieeffizienz, schonender Umgang mit Rohstoffen, Lebensmittel
1101 aus naturnahem Anbau und entsprechender Verarbeitung).

1102

1103 Der Förderung des mittelständischen Gewerbes kommt eine hohe Bedeutung zu
1104 (strategisches Gewerbeflächenmanagement, Stapelgewerbe, kommunaler
1105 Gewerberaum). Hierzu werden die Vertragspartner gemeinsam mit dem
1106 Fachausschuss ein Konzept erarbeiten.

1107

1108 Jährlich soll ein "Tag der Wirtschaft" im Bezirksamt Altona stattfinden, dieser soll
1109 jeweils unter einem bestimmten Schwerpunktthema stehen. Das jeweilige Thema wird
1110 im Ausschuss bestimmt.

1111

1112 In Zusammenarbeit mit der bezirklichen Wirtschaftsförderung soll die Leistungskraft
1113 der örtlichen Betriebe für die Nahversorgung im Umfeld von IKEA erhalten bzw.
1114 gestärkt werden.

1115

1116 Weiterer Bedarf an großflächigem Einzelhandel an den Altonaer Hauptverkehrsstraßen
1117 besteht nach Auffassung der Vertragspartner nicht.

1118

1119 **Tourismus**

1120

1121 Der öffentlich zugängliche Elbhang zwischen Fischmarkt und Wittenbergen hat sich in
1122 den vergangenen Jahren mehr und mehr zu einem ausgedehnten Freizeitareal
1123 entwickelt. Zusätzlich findet sich im Bezirk Altona eine Vielzahl von touristisch
1124 relevanten Orten und Einrichtungen, vom kleinen Privattheater bis zu den Arenen im
1125 Volkspark. Jährlich finden in Altona Veranstaltungen von Weltruf statt wie z.B. das
1126 Spring- und Dressurderby in Flottbek.

1127

1128 Die touristische Entwicklung Altonas hat in der Vergangenheit weitgehend
1129 eigenwüchsig und ohne ein planerisches Konzept stattgefunden.

1130

1131 Die in der vergangenen Wahlperiode begonnenen Aktivitäten zur Entwicklung einer
1132 informativen Internet-Präsenz (<http://www.hamburg.de/sehenswertes-in-altona/>)
1133 sollen fortgesetzt werden.

1134

1135 Für Altona soll ein Tourismuskonzept entwickelt werden, das den verschiedenen
1136 Interessen der Touristen, der Anwohner und des Touristikgewerbes Rechnung trägt.
1137 Wegen der heute schon kritischen Verkehrssituation entlang der Elbchaussee ist
1138 insbesondere eine Einbeziehung des ÖPNV und der Fahrradnutzung von hoher
1139 Bedeutung.

1140 **Sicherheit**

1141
1142 Für die Sicherheitskonferenz Altona stehen jährlich Mittel in Höhe von rund 90 Tsd.
1143 Euro zur Verfügung. Sie ist ein Instrument zur Unterstützung von vorbeugenden
1144 Maßnahmen, um der Entstehung von Gewalt und Kriminalität zu begegnen. Sie stärkt
1145 das Sicherheitsgefühl der Altonaer Bevölkerung und zeigt z. B. Wege auf, um in
1146 Situationen von Gewalt mit Zivilcourage der Lage gewachsen zu sein und sich dabei
1147 nicht in unnötige Gefahr zu begeben.

1148
1149 Die Vertragspartner wollen folgende Maßnahmen vorrangig in Angriff nehmen:

- 1150
1151 1. (Wieder-) Errichtung einer Toilette mit oder ohne Kiosk am Schack-See.
- 1152
1153 2. Verstärkte Kontrolle der bestehenden Hundeauslaufzonen; die Ausweisung
1154 weiterer Hundeauslaufzonen soll geprüft werden.
- 1155
1156 3. Zur Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit an den Elbstränden soll die
1157 Zusammenarbeit mit der „Hamburg Port Authority“ intensiviert werden.

1158 1159 1160 **Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit**

1161 Die Koalitionspartner vereinbaren die Realisierung der nachfolgend genannten Punkte,
1162 sofern diese in alleiniger bezirklicher Zuständigkeit liegen. Sollte dies nicht der Fall sein,
1163 setzen sich die Vertragspartner für eine gemeinsame Umsetzung in Zusammenarbeit
1164 mit den Landesbehörden ein.

1165 1166 **Umwelt**

- 1167
1168 1. Lärmschutz
1169 Die Vertragspartner setzen sich für die Umsetzung der Ergebnisse der bezirklichen
1170 Lärmaktionsplanung Altona ein, die im Rahmen der europäischen
1171 Umgebungslärmrichtlinie erstellt wurde. Dazu sollen Lärmschwerpunkte benannt
1172 und ihrer Bedeutung entsprechend in ein Ranking gebracht werden, die mit dem
1173 Strategischen Lärmaktionsplan Hamburgs verknüpft werden sollen. Die Beteiligung
1174 der Öffentlichkeit ist bei Folgeveranstaltungen zu verbessern.
- 1175
1176 2. Teilnahme am Event-Ausschuss der Bürgerschaft
1177 Städtische Großveranstaltungen wirken sich vielfach unmittelbar und mittelbar auf
1178 den Bezirk Altona aus. Die Bezirksversammlung Altona soll daher ein
1179 Teilnahmerecht am Event-Ausschuss der Bürgerschaft erhalten, um sich dort an
1180 Absprachen zur Planung von Großveranstaltungen zu beteiligen.
- 1181
1182 3. Klimaschutzkonzept Altona
1183 Die im Klimaschutzkonzept Altona dargestellten Maßnahmen sollen realisiert
1184 werden. Der Klimaschutztag wird durchgeführt.

- 1187 Altona trägt u.a. zu Veranstaltungsreihen zum Jahr Hamburgs als Europäische
1188 Umwelthauptstadt in 2011 bei. Nach Ablauf des Jahres 2011 wird ein
1189 Abschlußbericht verfasst, der die Aktivitäten und erreichten Veränderungen in
1190 Altona im Rahmen von Green Capital Hamburg zusammenfassend darstellt.
1191 Der Bezirk berichtet regelmäßig im Rahmen eines "Nachhaltigkeitsberichtes
1192 Ökologie, Ökonomie und Soziales".
1193
- 1194 4. Agenda 21
1195 Das bisherige Konzept "Agenda 21" ist zu überdenken und soll weiterentwickelt
1196 werden. Dies gilt insbesondere in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und in seiner
1197 Rolle als Klimaschutzbeirat.
1198
- 1199 5. Maßnahmen zur Reduzierung der Luftbelastung
1200 Es ist eine langfristige Strategie insbesondere gegen Feinstaub und Stickoxide in der
1201 Luft zu entwickeln und zu verfolgen.
1202
1203 Die Einhaltung der Vorgaben der EU-Richtlinie zur Luftreinhaltung ist im Rahmen
1204 eines Luftreinhalteplans durch geeignete Maßnahmen zur Minderung des
1205 Feinstaub- und NOx-Aufkommens zu überprüfen und sicherzustellen.
1206
1207 Die Vertragspartner sprechen sich für die Einrichtung geeigneter Terminals zur
1208 Gewährleistung eines schadstoffarmen Liegebetriebes von Kreuzfahrtschiffen in
1209 Altona aus (z.B. Landstromversorgung, Flüssiggasanschluss).
1210
- 1211 6. Konzept zur Sauberkeit in Altona
1212 Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass eine Verbesserung der Sauberkeit
1213 in allen Quartieren insbesondere unter den Gesichtspunkten Stadtreinigung,
1214 Straßen- und Wegereinigung, Grünflächen erfolgen soll.
1215
1216 Für das generelle Müllproblem am Elbstrand – etwa durch Picknicken und
1217 insbesondere auch nach den jährlich stattfindenden Osterfeuern – muss ein
1218 langfristiges Konzept entwickelt und umgesetzt werden. Beide Parteien sprechen
1219 sich für den Erhalt der "Strandläufer" aus.
1220
1221 An geeigneten Standorten befürworten beide Parteien den Bau von sog.
1222 Unterflursystemen zur Beseitigung von Straßenabfällen, Haus- und Restmüll sowie
1223 zur Sack- und Wertstoffentsorgung nach Maßgabe des bereits vorliegenden
1224 Konzeptes der Stadtreinigung.
1225
- 1226 7. Umweltberatung, Energieberatung für Migrant/innen, Umwelttelefon
1227 Eine bezirkliche Umweltberatung bleibt erhalten, um weiter als kompetenter
1228 Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger in Umweltfragen zur Verfügung
1229 zu stehen. Das Projekt Energieberatung für Migrantinnen und Migranten wird
1230 umgesetzt. Der Umweltausschuss befasst sich weiter mit den Eingaben von
1231 Bürgerinnen und Bürger beim bezirklichen Umwelttelefon.
1232
- 1233 8. Förderung alternativer Energiegewinnung
1234 Die Vertragsparteien wollen Möglichkeiten zur dezentralen, emissionsarmen
1235 Energiegewinnung in Altona fördern, z.B. in den Bereichen Sielnetz,
1236 Blockheizkraftwerke, Geothermie. Die Anbringung von Solarkollektoren und
1237 Photovoltaikanlagen an oder auf öffentlichen Gebäuden soll weiter geprüft und an
1238 geeigneten Standorten realisiert werden.

1239
1240
1241
1242
1243
1244
1245
1246
1247
1248
1249
1250
1251
1252
1253
1254
1255
1256
1257
1258
1259
1260
1261
1262
1263
1264
1265
1266
1267
1268
1269
1270
1271
1272
1273
1274
1275
1276
1277
1278
1279
1280
1281
1282
1283
1284
1285
1286
1287
1288

9. Teilnahme am Projekt Öko-Profit

Die Vertragspartner sprechen sich für eine Teilnahme des Bezirks Altonas am städtischen Projekt "Öko-Profit" aus.

10. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten bei der Altonale

Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass bei der Konzeption und der Durchführung der „altonale“ Nachhaltigkeitsaspekte zu berücksichtigen sind.

11. Kontrolle der Taubenpopulation

Die Vertragspartner setzen die Bemühungen fort, die Taubenpopulation in Altona zu kontrollieren. Dazu soll ein Konzept entwickelt werden, das Möglichkeiten der Umsetzbarkeit (z.B. durch Taubenschläge) und der Finanzierbarkeit aufzeigt.

Verbraucherschutz

Die Vertragspartner wollen den Verbraucherschutz nachhaltig stärken. Dazu wird u.a. eine personelle Verstärkung des Fachamtes für Verbraucherschutz, Gewerbeaufsicht und Umwelt angestrebt. Hierbei ist zu prüfen, inwieweit LBK-Rückkehrer und -Rückkehrerinnen zum Einsatz kommen können. Die Notwendigkeit einer personellen Verstärkung ergibt sich aus der Fülle alter und neuer Aufgaben, etwa einer effizienten Lebensmittelkontrolle, den Anforderungen des Nahrungsmittelschutzgesetzes, des Tierschutzes und der Einhaltung von EU-Richtlinien (Cross-Compliance).

1. Lebensmittelsicherheit

Die Vertragspartner vertreten übereinstimmend die Auffassung, dass die Lebensmittelüberwachung in der Zuständigkeit der Bezirke bleibt.

Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger ist ein wirksames Konzept zur strikten Einhaltung der gesetzgeberischen Vorgaben im Bereich der Lebensmittelsicherheit von ganz erheblicher Bedeutung. Nach dieser Maßgabe ist besonders darauf zu achten, dass die Einhaltung der Vorgaben durch geeignete Kontrollmaßnahmen sichergestellt wird und eine Information der Bürgerinnen und Bürger über "schwarze Schafe" zeitnah und konsequent erfolgt. Dies vorausgeschickt sprechen sich beide Parteien übereinstimmend für die Entwicklung und Einführung eines Bewertungssystems für Restaurants, Imbissbetriebe und Gaststätten aus, welches für Besucherinnen und Besucher von außen einsehbar ist.

2. Lebensmittelkontrollen

Es hat eine konsequente Nachkontrolle beanstandeter Betriebe zu erfolgen. Werden hier erneute Verstöße gegen Hygienerichtlinien festgestellt, sind diese konsequent mit Bußgeldern zu ahnden.

Im Zusammenhang mit den Atomunfällen im japanischen Fukushima ist auch in Altona die Sorge wegen der radioaktiven Belastung von Lebensmitteln gewachsen. Regelmäßige Kontrollen der Lebensmittel aus der betroffenen Region, die im Containerhafen durchzuführen sind, sollen sicherstellen, dass Gefährdungen ausgeschlossen werden. Es sind geeignete Kontrollmaßnahmen zum Schutz vor Dioxinbelastung von Lebensmitteln konsequent durchzuführen.

1289 **Gesundheit**

1290

1291 1. Gesundheits- und Pflegekonferenz

1292 Die Altonaer Gesundheits- und Pflegekonferenz ist ein bedeutendes
1293 Steuerungsinstrument der Bezirkspolitik und das Mittlergremium im bezirklichen
1294 Gesundheits- und Pflegebereich. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Gesundheit der
1295 Menschen im Bezirk zu fördern, ehrenamtliches Engagement anzuregen und
1296 Dienstleistungen im Gesundheits- und Pflegebereich effektiver zu gestalten. Sie
1297 führt Informationsveranstaltungen und Projekte im Auftrag der
1298 Bezirksversammlung durch. Die Vertragsparteien sprechen sich für einen
1299 Fortbestand der Altonaer Gesundheits- und Pflegekonferenz aus.

1300

1301 Die Altonaer Gesundheitsziele (2008 – 2010) werden weitergeführt und
1302 entsprechend der Evaluation fortgeschrieben.

1303

1304 2. Gesundes Altona

1305 Die ehrenamtliche Arbeit in den Bereichen Gesundheit und Pflege soll durch
1306 weiterbildende Maßnahmen und Beratung durch den Bezirk unterstützt werden.

1307

1308 3. Gewährleistung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung

1309 Im 2. Altonaer Gesundheitsbericht wurden die Pflegebedarfe und die
1310 Versorgungslage dokumentiert und Empfehlungen für pflegepolitische
1311 Entscheidungen gegeben. Die Gesundheitsberichterstattung muss durch das
1312 Bezirksamt fortgesetzt werden.

1313

1314 Die Parteien sind sich weiter darüber einig, dass die ärztliche Versorgung und die
1315 flächendeckende Versorgung mit ambulanten Pflege- und Sozialdiensten in Altona
1316 gewährleistet bleiben muss.

1317

1318 Ein regelmäßiger Bericht der Heimaufsicht an den Fachausschuss ist gewünscht.

1319

1320 Die Vertragspartner setzen sich für den Erhalt des Gesundheitsbusses ein, der
1321 aufsuchende Gesundheitsversorgung gerade in sozialen Brennpunkten leistet. Eine
1322 Verstärkung mit entsprechendem Budget wird angestrebt.

1323

1324 4. Schulzahnärztlicher Dienst

1325 Die Vertragspartner treten für den Erhalt des schulärztlichen und insbesondere des
1326 schulzahnärztlichen Dienstes in Altona ein. Insbesondere für Kinder aus einem
1327 sozial schwächeren Umfeld bleiben amtliche Gesundheitsuntersuchungen nach
1328 Auffassung beider Parteien dringend geboten.

1329

1330 5. Erhalt und Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte

1331 Die Pflegestützpunkte sollen erhalten bleiben und anhand der Evaluation
1332 verbessert und weiter entwickelt werden. Das Amt berichtet regelmäßig über die
1333 Entwicklung der Pflegestützpunkte an den Fachausschuss.

1334

1335 6. Gesundheitsberatung für Menschen ohne festen Wohnsitz

1336 Es ist zu gewährleisten, dass eine gesundheitliche Beratungsmöglichkeit für
1337 Obdachlose und für Menschen ohne Ausweispapiere bereitgehalten wird. Die
1338 Personalien der Besucherinnen und Besucher dieser Einrichtung werden nicht
1339 festgehalten.

1340

1341
1342
1343
1344
1345
1346
1347
1348
1349
1350
1351
1352
1353
1354
1355
1356
1357
1358
1359
1360
1361
1362
1363
1364
1365
1366
1367
1368
1369
1370
1371
1372
1373
1374
1375
1376
1377
1378
1379
1380
1381
1382
1383
1384
1385
1386
1387
1388
1389
1390
1391

Bürgerbeteiligung, Haushalt und Verwaltung

Zukünftig wird in jedem Ausschuss und der Bezirksversammlung selbst eine offene Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger eingerichtet.

Es wird geprüft, wie die vielen Aktivitäten auf Seiten des Bezirksamtes zur Beteiligung besser bei den Bürgerinnen und Bürgern bekannt gemacht werden können. Darin eingeschlossen ist auch die Prüfung, ob die Einrichtung einer Stelle beim Bezirksamtsleiter dafür sorgen kann, dass frühzeitig Mitwirkungsangebote für Bürgerinnen und Bürger sowie örtliche Stadtteilinitiativen gemacht werden und die vorhandenen Beteiligungsprozesse professionell gemacht gemanagt werden.

Haushalt

1. Anreiz- und Fördersysteme sowie Sondermittel

Über die Verwendung der Mittel aus den Anreiz- und Fördersystemen, der neuen Mittel in Folge des Wohnungsbauvertrages und die Sondermittel entscheiden die Koalitionsfraktionen im Konsens. Sie prüfen auch Anträge anderer Fraktionen ernsthaft und berücksichtigen diese angemessen.

Die Mittel aus den Fördersystemen werden entsprechend der Zweckbestimmung des Haushaltsplanes zur Förderung von Gewerbe, Handel und Wohnungsbau und zur Sicherung und – wo erforderlich – Verbesserung der Lebensbedingungen der Altonaer Bürger und Bürgerinnen verwendet. Bei der Verwendung orientieren sich die Koalitionsparteien an der haushaltsrechtlich weitest möglichen Auslegung der Spielräume.

Die Sondermittel für 2011 werden zügig beraten und so zeitnah wie haushaltsrechtlich möglich beschlossen.

2. Einzelplan des Bezirksamtes

Eine Reduzierung der Mittel in den Fördersystemen über die im Haushaltsplanentwurf 2011/2012 enthaltenen Beträge hinaus kommt für die Vertragspartner nicht in Betracht.

Die Vertragspartner werden sich dafür einsetzen, dass die Bezirke an den Pachteinnahmen für Großwerbeanlagen, die ab dem 01.09.2011 neu im Bezirk genehmigt werden, wieder beteiligt werden. Die Mittel fließen den Fördersystemen zu, über die die Bezirksversammlung entscheidet.

Bei der Spezifizierung der Rahmenzuweisungen werden die Vertragspartner keine fundamentale Opposition gegen die Fachbehörden betreiben. Die nach dem Bezirksverwaltungsgesetz bestehenden Spielräume der Bezirksversammlung bei der Feinspezifizierung der Rahmenzuweisungen werden von den Vertragspartnern unter Berücksichtigung der vom Bezirksamt zu erledigenden Aufgaben zur Setzung politischer Akzente genutzt.

In der Vergangenheit liegende Konsolidierungsbeiträge der Bezirksamter, durch die im Wesentlichen Personal eingespart wurde, haben erhebliche Vollzugsdefizite nach sich gezogen und zu einer Verschlechterung der bezirklichen Angebote für die Wirtschaft sowie Altonas Bürgerinnen und Bürger geführt. Im Sinne einer

1392 bürgernahen Verwaltung und der bezirklichen Aufgabenwahrnehmung im Rahmen
1393 des „Hamburg-Vertrags“ müssen die Kapazitäten verstärkt werden.

1394

1395 Die Rahmenezuweisungen an die Bezirke sind in vielen Bereichen seit Jahren nicht
1396 auskömmlich und schränken die Handlungsfähigkeit von Bezirksamt und
1397 Bezirksversammlung erheblich ein. Durch Wegfall der Einnahmen aus
1398 Großwerbeanlagen und der Kürzung beim Förderfonds Bezirke/Sachmittel können
1399 Unterhaltungsmaßnahmen in der öffentlichen Infrastruktur nicht im bisherigen
1400 Umfang wahrgenommen werden. Daher setzen sich die Vertragspartner als
1401 Kompensation für die Aufstockung der Rahmenezuweisungen für
1402 Infrastrukturaufgaben und für eine bedarfsgerechte Ausfinanzierung bezirklicher
1403 Kernaufgaben wie Tiefbau, Seniorenarbeit, Unterhaltung von Grünanlagen,
1404 Sportanlagen, Friedhöfen, Spielplätzen, Radwegen und Straßen ein.

1405

1406 **Verwaltung**

1407

1408 Trotz der Bezirksverwaltungsreform 2006 wird nach wie vor erhebliche Doppelarbeit
1409 geleistet. Die Vertragspartner vereinbaren, dass die Entflechtung von Aufgaben
1410 fortgesetzt und Zustimmungsvorbehalte im Einzelfall abgebaut werden sollen.

1411

1412 Die Vertragspartner sprechen sich für den Erhalt der Altonaer Kundenzentren und
1413 sozialen Dienstleistungszentren sowie die Weiterentwicklung elektronischer
1414 Dienstleistungsangebote aus.

1415

1416 Die Vertragspartner begrüßen ein Angebot zur Nutzung des Internetauftritts des
1417 Bezirksamtes. Zur Verbesserung des Internetauftritts sowie des elektronischen
1418 Zugangs (Online-Shop) für die Dienste des Bezirksamtes soll ein
1419 Kommunikationskonzept entwickelt werden.

1420

1421 Die Amtsperiode des derzeitigen Bezirksamtsleiters läuft Mitte 2013 aus. Die
1422 Vertragspartner verständigen sich darauf, die Stelle öffentlich auszuschreiben. Die
1423 geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten sollen sich den Fraktionen der
1424 Bezirksversammlung und den Altonaer Bürgerinnen und Bürgern vorstellen. Die
1425 Vertragspartner werden der Bezirksversammlung einen einvernehmlichen
1426 Wahlvorschlag machen.

1427

1428

1429 **Organisatorisches**

1430

1431 Die Vertragspartner vereinbaren, die Politik in der Bezirksversammlung Altona und in
1432 den bezirklichen Ausschüssen gemeinsam zu gestalten und im Interesse des Bezirks zu
1433 handeln. Sie stimmen darin überein, weder in der Bezirksversammlung noch in deren
1434 Ausschüssen unterschiedlich abzustimmen.

1435

1436 Alle anstehenden Sachthemen und Problemstellungen werden gemeinsam erörtert mit
1437 dem Ziel, einen Konsens zu erzielen.

1438

1439

1440 Altona, den